



**Betreff:**  
**Qualifizierung Baustellenmanagement in Potsdam**

öffentlich

**bezüglich**  
**DS Nr.: 17/SVV/0566**

Einreicher: FB Grün- und Verkehrsflächen	Erstellungsdatum	02.11.2017
	Eingang 922:	02.11.2017

Beratungsfolge:	
Datum der Sitzung	Gremium
08.11.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

**Inhalt der Mitteilung:** Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Öffentliche Straßen sind die Lebensadern einer Stadt. Sie sind der Raum für sämtliche Infrastruktur, den Individualverkehr mit Auto oder Fahrrad, den öffentlichen Personennahverkehr, Fußgänger und - nicht auf den ersten Blick sichtbar - jegliche Art von Versorgungsleitungen von Wasser, Strom, Gas, bis zu Telekommunikationskabeln. Um die langfristige Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, muss diese Infrastruktur gewartet, teilweise neu angelegt, ausgebaut, repariert und saniert werden. Damit sind Baumaßnahmen im öffentlichen Straßenraum für die langfristige Erhaltung der Verkehrswege und Versorgungsleitungen einer Stadt ein widriger, jedoch zwingend notwendiger Prozess. Ohne jegliche verkehrliche Einschränkung lassen sich jedoch nicht alle Baustellen im Straßennetz realisieren. Das erfordert von allen Beteiligten, Verkehrsteilnehmern, wie Anwohnern, Kompromissbereitschaft und Geduld.

An das Baustellenmanagement einer Stadt werden hier erhöhte Anforderungen gestellt. Neben den Einschränkungen für den Individualverkehr müssen insbesondere Belange des öffentlichen Nahverkehrs, Änderungen der Verkehrsorganisation (Lichtzeichenanlagen, Verkehrszeichen, Umleitungen) und Interessen von Anliegern betrachtet werden. Oberstes Ziel ist neben der Verkehrssicherheit die Sicherung der Mobilität aller, die Erhaltung der Leistungsfähigkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs, des motorisierten Individualverkehrs, der Schulverkehre, des Fahrradverkehrs, der Fußgänger sowie mobilitätseingeschränkter Personen.

Potsdam als wachsende Stadt und beliebtes Touristenziel weist ein stetig steigendes Verkehrsaufkommen auf. Umso wichtiger ist es, die Einschränkungen durch Bauvorhaben nicht nur an der jeweils einzelnen Baumaßnahme zu optimieren, sondern Einschränkungen auch im Zusammenhang zu betrachten. Um einen möglichst reibungslosen Verkehrsfluss zu realisieren, müssen Sperrungen von Verkehrswegen koordiniert werden und dürfen sich nicht entgegenstellen.



Zur Qualifizierung werden auf der Grundlage von Ergebnissen in anderen Städten und von am Markt angebotenen Softwarelösungen folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

## 1. Anwendung eines ämterübergreifenden Softwaretools

Ein wesentlicher Optimierungsansatz liegt im effizienteren Ablauf der erforderlichen Genehmigungen der Landeshauptstadt Potsdam. Die Bearbeitung einer Maßnahme und jegliche dafür erforderliche Genehmigung sollten von Anfang bis Ende über ein einheitliches, ämterübergreifendes System erfolgen. Jegliche Sperrung auf öffentlichen Straßen könnte hier genehmigt und von allen Trägern Öffentlicher Belange verwaltet werden. Ein solches Programm wäre u.a. „KommunalRegie“. Die Einführung könnte mittelfristig erfolgen.

### KommunalRegie

- elektronisches Managementsystem
- ämterübergreifender Einsatz
- Bearbeitung von Genehmigungen für Tiefbau sowie Sperrungen einer Straße
- Vermeidung von Reibungsverlusten und Doppelungen in Antragstellung sowie Bearbeitung
- transparenter Arbeitsablauf
- integrierte Dokumentenverwaltung
- Integration beliebiger Geodatenformate zur Kartendarstellung
- webbasierte Antragstellung

## Einsatz von KommunalRegie im Amt für Straßenbau und Erschließung

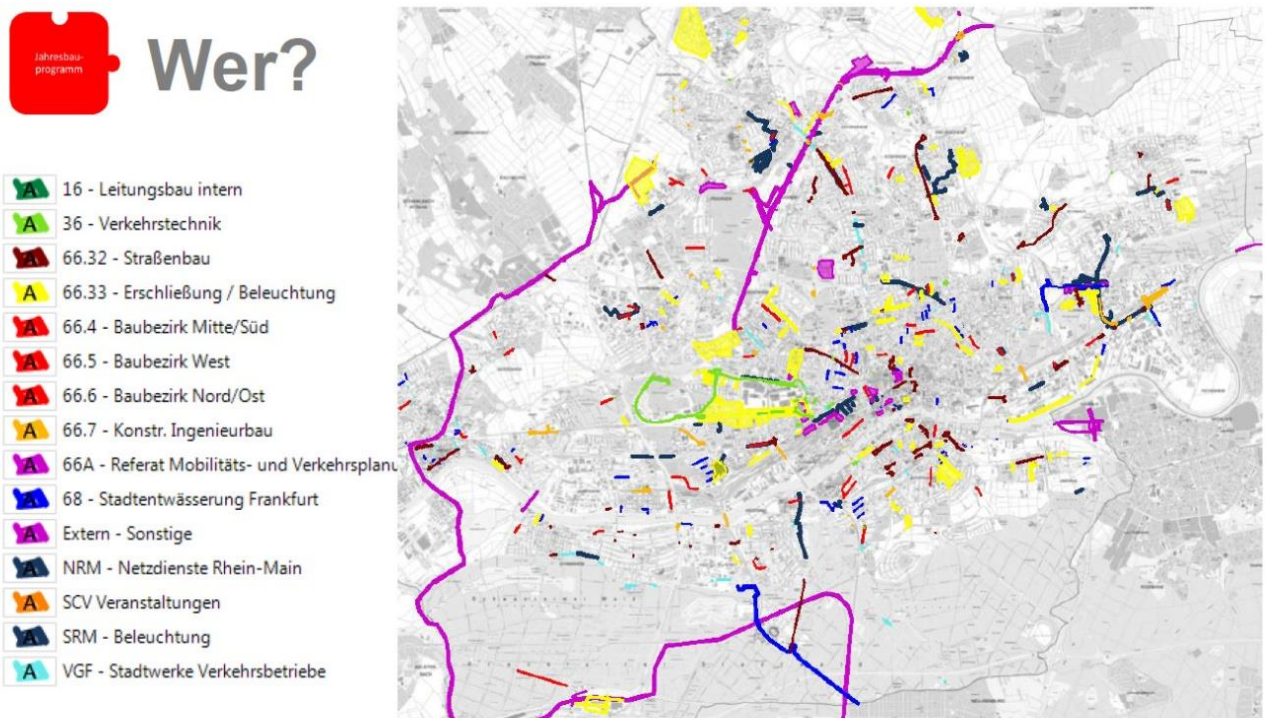


Abbildung 1: Beispielkartendarstellung Kommunal Regie Frankfurt Main

## **2. Aufstellung von Jahresbauprogrammen aller Vorhabenträger**

Des Weiteren sollte für die langfristige Planung ein mehrjähriges, verbindliches Jahresbauprogramm aller Vorhabenträger angelegt werden. So könnte eine frühzeitige Konflikterkennung von Sperrungen und eine frühzeitige Koordinierung ermöglicht werden. Es würde die Berücksichtigung von geplanten Sperrungen mit jeweiligen Umleitungs- und Umfahungsstrecken, relevante Großbaustellen sowie Veranstaltungen mit Verkehrseinschränkungen erfolgen. Die Abfrage der geplanten Baumaßnahmen erfolgt bereits seit mehreren Jahren. Die Auskunft sollte jedoch zur verbindlichen Genehmigungsvoraussetzung beschlossen werden.

## **3. Kontrolle der Bauausführung**

Die Kontrolle und Überwachung der jeweiligen Maßnahme muss sowohl durch die Bauleitung des Vorhabenträgers sowie des Ordnungsamtes Potsdam deutlich verstärkt werden. Vor allem durch die Bauleitung des Vorhabenträgers ist auf eine Einhaltung der beantragten Dauer und der reibungslosen Ausführung einer Maßnahme zu achten. Die verkehrlichen Auswirkungen von Maßnahmen sind merklich stärker als jetzt durch die Vorhabenträger zu berücksichtigen.

Hier hat ebenfalls eine strengere Kontrolle seitens der Landeshauptstadt zu erfolgen: Kontrolle der genehmigten Absperrung und Konsequenzen bei Nichteinhaltung von Auflagen.

### **Optimierungseffekte**

- Nutzung von zeitlichen und räumlichen Synergien
- Vermitteln zwischen den verschiedenen Gewerken
- Minimieren von Verkehrsbeeinträchtigungen
- Verbindlichkeit und Planungssicherheit
- wirtschaftlicheres Bauen
- Reduzieren von Bearbeitungszeiten
- Minimierung von Auswirkungen auf Betroffene
- größtmögliche Sicherung des Verkehrsablaufes

In Potsdam ist im letzten Jahr ein Planungs- und Genehmigungsleitfaden für Baustellen auf öffentlichen Straßen eingeführt worden, der die Zuständigkeiten und genehmigungsrelevante Auflagen zusammenfasst und regelt. Dazu zählen bereits die Durchführung von Baumaßnahmen kürzerer Dauer in Nebenzeiten sowie die langfristige Planung und Bekanntgabe von Baumaßnahmen längerer Dauer, um eine Koordinierung gewährleisten zu können. Dieser Leitfaden wird die Grundlage bei einer möglichen Einführung von KommunalRegie sein.

Die geschätzten Kosten für die Einführung und Lizenzgebühren von KommunalRegie betragen für 5 Jahre überschläglich 250.000 EUR. Ein zusätzlicher Sachbearbeiter für die Datenbereitstellung und Bedienung dieses Tools ist erforderlich. Bei Einführung eines ämterübergreifenden Softwaretools müsste eine verbindliche Verfahrensweise für alle Vorhaben gefunden werden. Weisungsgebundene Führungsstrukturen als Voraussetzung sind zusätzlich zu schaffen.